

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Tagesblatt Riesa,
Gemein Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts,
des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1134
Grotzstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 123.

Dienstag, 27. Mai 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 R. 50 Pf. durch Post, 2 R. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und vorab zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Zeitungs- und Anzeigengeld: 50%, Umlage, feste Tarife, Erzähler an der Kasse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerinseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Udemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Reichsregierung zurückgetreten.

Berlin. (Funknachr.) Die Reichsregierung hatte am 6. und 15. Mai beschlossen, bis zum Zusammentritt des Reichstages im Amt zu bleiben. Im Zusammenhang mit diesem Entschlusse hat die Reichsregierung gestern erneut hierzu Stellung genommen. Sie hat einstimmig beschlossen, dem Reichspräsidenten ihre Demission zu überreichen.

Der Reichspräsident hat die Demission entgegengenommen und das Reichskabinett mit der einstweiligen Führung der Geschäfte beauftragt.

Die Deutschnationalen unterstützen die Regierungsbildung.

Berlin. (Funknachr.) Die Deutschnationalen haben der Reichsregierung ihren Beistand mitgeteilt, sich an der Regierungsbildung in der ihrer Stärke entsprechenden Weise zu beteiligen. Die Antwort enthält Vorschläge für eine Einigung zwischen den Parteien. Eine gewisse Kontinuität mit der abgetretenen Regierung solle gewahrt werden. Die Deutschnationale Fraktion dürfe die deutschen Unterhändler nicht mit gebundenen Händen dem Auslande gegenüberstellen. Ferner verlange die Deutsche Volkspartei das Amt des abgetretenen Reichspräsidenten.

Wer wird Präsident?

Berlin. (Funknachr.) Unmittelbar nach Empfang der Deutschnationalen Antwort traten die Führer der Mittelpartei erneut zusammen. Alle drei Parteien waren darin einig, daß jetzt der Präsident die Initiative zur Neubildung des Kabinetts zu ergreifen habe. Während von volksparteilicher Seite dem Reichspräsidenten zur Neubildung des Kabinetts der Abgeordnete Herget empfohlen wird, wünschen die beiden anderen Parteien, daß dem bisherigen Reichspräsidenten Marx die Neubildung der Regierung übertragen werde.

Der formelle Kabinettsauftrag der Deutschnationalen.

Berlin, 27. Mai. Wie wir erfahren, wird Reichspräsident Ebert den Führern der deutschnationalen Reichstagsfraktion zunächst den formellen Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung erteilen. Ob die deutschnationale Partei nach dem Ergebnis der Besprechungen mit den anderen bürgerlichen Parteien ihrerseits nunmehr neue Bemühungen unternimmt, ist noch zweifelhaft. Es könnte sich dabei lediglich um rein formelle Verläufe handeln, die aber an dem praktischen Ergebnis der bisherigen Verhandlungen kaum etwas ändern werden.

Bevorstehende Besprechungen mit den diplomatischen Vertretern.

Berlin, 27. Mai. Nach der Neubildung des Reichskabinetts werden die deutschen Vorkämpfer an den wichtigsten Auslandsplätzen nach Berlin berufen, um die außenpolitische Lage des Reiches eingehend zu erörtern. Der deutsche Vorkämpfer in Paris, Herr von Böck, wird bereits in den nächsten Tagen in Berlin erwartet. Auch Dr. Schamer hat für Ende der kommenden Woche seine Abreise aus London angekündigt. Bei diesen Besprechungen wird vor allem die Frage erörtert werden, in welchem Sinne die neue Reichsregierung bei der in Aussicht stehenden Programmklärung zur Außenpolitik auf die von den französischen Vorkämpfern angeregte friedliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich antworten soll.

Die Sozialdemokraten gegen den Ausnahmezustand.

Berlin, 27. Mai. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beabsichtigt, im neuen Reichstag alsbald einen Antrag einzubringen, der die sofortige Aufhebung des zivilen Ausnahmezustandes verlangt, der nach der Aufhebung der militärischen Vollzugsgefahr in Kraft getreten war. Wie wir erfahren, haben die sozialdemokratischen Führer die bürgerlichen Parteien wissen lassen, daß sie im Falle eines Fortbestehens des zivilen Ausnahmezustandes jeder Regierung, möge sie zusammengesetzt sein wie sie will, das Vertrauen verweigern werden. Weiter beabsichtigt die Sozialdemokratie, bei den künftigen Abstimmungen den Rat für die Reichswehr tatsächlich zu verweigern.

Der neue Fraktionsvorstand der USPD.

Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beabsichtigt ihre gestrige Sitzung kurz nach 8 Uhr. Zur Frage der Wiederwahl des Reichstagspräsidenten Loebe will man die Stellungnahme der anderen Parteien abwarten, ehe man in dieser Beziehung einen Beschluß faßt. Als Vorsitzende des Fraktionsvorstandes wurden wiedergewählt die Abgeordneten Müller-Franken und Dietmann. Außerdem wurden als Vorstandsmitglieder wiedergewählt Scheibmann, Wels, Crispian, Koch, Hildebrandt, Breitfeldt und Frau Juchaczow.

Der Zusammentritt des neuen Reichstages.

W.D. Der neue Reichstag bewirft in seiner Zusammensetzung die außerordentlich stärksten Gegensätze, in die das deutsche Volk im Verlauf der letzten Jahre hinein geraten ist. Während der verflochtene Reichstag immerhin — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — seine Tagungen ohne allen leidenschaftlichen Auseinandersetzungen durchzuführen konnte, beginnen die Arbeiten des neu gewählten Reichstages vom ersten Tage an im Bereich heftiger parteipolitischer Kämpfe zu stehen. Man weiß schon heute, daß die auf 82 Mann angewachsene Reichstagsfraktion der Kommunisten das Parlament zur Bühne ihrer Klassenkampftaktik machen wird, und die nicht allen geräumwohle Art, in der die frühere zahlenmäßig ganz verschwindende Fraktion der Moskowiter den bürgerlichen Parteien ihre Argumente entgegenwarf, wird sich jetzt zu einem „Organ“, der aus 62 kräftigen Männerköpfen tönt, steigern. Mit wenig Ausweichung sieht diejenige Partei in das Parlamentsgebäude ein, die gewillt sind, positive Arbeit zu leisten und auf der Grundlage des gemeinsamen Strebens aller Kräfte die harrenden großen Aufgaben zu lösen.

Schon kurz nach Eröffnung der Parliamentssession wird ein so wichtiges Problem wie die Durchführung der Sachverständigen-Gutachten zur Entscheidung zu gelangen. Damit beginnt ein großer und solenne Kampf, der von beiden Seiten, den Gegnern sowohl als auch den Befürwortern, vornehmlich mit großer Energie durchgeführt werden dürfte. Um diese lebenswichtige Frage dreht sich jetzt das ganze Schicksal des neugewählten Reichstages, der nach den Absichten der hinter der Regierung stehenden Parteien wieder aufgelöst werden muß, wenn sich keine Zweidrittelmehrheit für die Annahme der verfassungsändernden Gesetze findet. Wie leicht war es doch seinerzeit für das Kabinett Marx, das Ernährungsfrage im alten Reichstag unter Dach und Fach zu bringen. Damals war es wenigstens möglich, die großen Parteien auf einer Linie zu vereinigen. Im neuen Parlament sind jedoch kaum irgendwelche ernsthaften Aussichten auf die Herstellung einer arbeitssamen Regierungsmehrheit vorhanden, und alle Parteien werden an die Diskussion der wichtigsten politischen Probleme immer nur unter dem einen Gesichtspunkt herantreten, den unvermeidlich werdenden neuen Wahlkampf schon jetzt einzuleiten. Es sind die denkbar ungünstigsten Umstände, unter denen die Parteien des Reichstages jetzt an die Lösung der bedeutendsten außen- und innenpolitischen Probleme herantreten wollen. Ueberall kloffen tiefe Meinungsverschiedenheiten, überall herrscht das Streben vor, den politischen Gegner nieder zu klümpeln. Wenn eine Regierungskoalition zustande kommt, so wird sie nur ein lockeres Gebilde darstellen, das auseinander zu reißen droht, sobald die parteipolitischen Gegensätze, die man nach wochenlangen Verhandlungen mühsam überbrückt hatte, wieder von neuem entzündet werden.

Bereits bei der Eröffnungssitzung steht das Barometer auf Sturm. Die Linke fühlt sich durch die Wahlerfolge der Deutschnationalen um ihre Zukunft bedroht, und sie steht den Männern wie Ludendorff und Tirpitz, die sich den Rechtsparteien zur Verfügung gestellt haben, leidenschaftlich erregt gegenüber. Nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Sozialdemokraten versuchen, aus der schwierigen Situation politische Vorteile zu erlangen und ihre zermürbten Kräfte von neuem zu festigen. Die bürgerlichen Parteien, die bei diesem Wahlkampf zweifellos einen herbeizurechnenden Sieg davon getragen haben, stehen sich aber in ihren Reihen mißtraulich, man kann beinahe sagen, eifersüchtig gegenüber. Sie befürchten, daß die eine oder die andere Richtung den maßgebenden Einfluß auf die Politik gewinnen könnte, um ihn für ihre Zwecke geltend zu machen. Das Zentrum fürchtet die deutschnationale Vorherrschaft, während die Deutschnationalen befürchten, daß die Parteien der Mitte ihre ganzen Kräfte anbieten, um sie gegen die deutschnationale Partei ins Feld zu führen. So droht alles in einem hoffnungslosen Gegenstand der neuen Reichstag zur Stätte des politischen Meintriebes und der vollständigen Arbeitsunfähigkeit zu werden. Ein solches Unglück könnte nur verhindert werden, wenn die bürgerlichen Parteien zu gemeinsamer Verantwortung zusammenstehen, um allen Versuchungen zum Trotz das Werk des Wiederaufbaues zu vollenden.

Der Kampf gegen die Inflationsgefahren.

Berlin, 27. Mai. Die Erklärungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vor der Tagung des Nationalbankrates in Hamburg bilden zur Zeit den Gegenstand lebhafter Erörterungen zwischen den beteiligten politischen und wirtschaftlichen Kreisen. Die Auffassung, daß die Reichsbank von ihrer schwierigen Kreditpolitik unter keinen Umständen abweichen werde, wird als endgültige Absage angesehen. Sie hat daher in Wirtschaftskreisen großes Aufsehen hervorgerufen. Der Reichsverband der Industrie wird in den nächsten Tagen zu den Erklärungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ausführlich Stellung nehmen, aber es scheint sehr wahrscheinlich, daß eine Opposition gegenüber der Reichsbankleitung nicht ausgeschlossen ist. In den politischen Kreisen wird mit großer Genugtuung festgestellt, daß der Reichsbankpräsident denjenigen Kreisen gegenüber, die die Wiederkehr einer Inflation herbeizumführen scheinen, in energischer Weise den Kampf angeht. Man behauptet, daß der Antrag, an der Berliner Börse wieder einen festen Dollarkurs einzuführen, Blumhagen von unverantwortlichen Wirtschaftskreisen betrieben worden sei und die unheilvollsten Folgen für die deutsche Währung hätte nach sich ziehen müssen. Daß dieser Antrag abgelehnt wurde, beweist wiederum die Wachsamkeit der Reichsbank gegenüber den Zerschürern der deutschen Währung, die die Zeit als gekommen erachteten, wieder auf den Plan zu treten.

Die Neubesetzung des Reichs-Innenministeriums.

Berlin, 27. Mai. Die Neubesetzung des Reichs-Innenministeriums wird in Kreisen der Deutschen Volkspartei bereits stark diskutiert, gelangt aber erst zur Entscheidung, wenn die Regierungsbildung in ihren Grundzügen festgelegt ist. Dr. Jarres hat sich bisher von dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei nicht bestimmen lassen, im Amt zu bleiben, weil er mit dem preußischen Innenminister Severing nicht länger zusammenarbeiten möchte und auch bei den Deutschnationalen nicht die Unterstützung gefunden hat, die er erwartet hatte. Er hat in den letzten Tagen angeregt, zu seinem Nachfolger Dr. Heine zu machen, jedoch ist davon Abstand genommen worden, weil sowohl Zentrum wie auch Demokraten erklärten, daß sie eine solche Besetzung für ein Koalitionskabinett nicht für tragbar hielten. Man möchte nun das Reichs-Innenministerium wieder einem Politiker übertragen, der aus dem besetzten Gebiete stammt und der Deutschen Volkspartei nahesteht, ist aber noch nicht schlüssig geworden, welcher der verschiedenen Kandidaten in Frage kommen soll. Die Auswahl wird zum großen Teil davon abhängig sein, ob die Demokraten an dem künftigen Kabinett beteiligt sind. Genannt wird u. a. der Name des bisherigen Chefs der Reichskasse Kempkes.

Veränderungen im Auswärtigen Amt.

Berlin, 27. Mai. Der Außenminister Dr. Stresemann beabsichtigt, falls er bei der Neubildung des Kabinetts auf seinem Posten verbleibt, eine Reihe Veränderungen im Personalbestande des Auswärtigen Amtes vorzunehmen, die nur wegen der Unsicherheit des politischen Laufs von ihm bisher aufgeschoben worden sind. Es hat sich herausgestellt, daß bei dem Zwischenfall mit der russischen Handelsvertretung die Informationen an den Außenminister durchaus unzulänglich und veraltet angefangen sind und auch weiterhin bei der Behandlung dieser Angelegenheit schwerwiegende Fehler von einzelnen Stellen des Auswärtigen Amtes gemacht wurden. Wiewohl noch über die hier in Betracht kommenden Stellen hinaus Veränderungen vorgenommen werden, unterliegt zur Zeit noch dem Meinungsaustausch zwischen Reichskanzler und Außenminister, doch erwartet man in unterrichteten Kreisen, daß die verantwortlichen Stellen im Auswärtigen Amt nach dem Gesichtspunkt besetzt werden sollen, eine möglichst einheitliche Politik im Sinne des bisherigen Kuriers des Kabinetts Marx zu ermöglichen.

Die Zukunft des Ministeriums für die besetzten Gebiete.

Berlin, 27. Mai. Der Etat des Ministeriums für die besetzten Gebiete ist in dem Haushaltsplan, der dem Reichstag vorgelegt werden wird, als „künftig wegfallen“ bezeichnet worden. Von unterrichteter Seite wird dazu erklärt, daß über den Zeitpunkt, zu welchem dieses Ministerium aufgelöst werden wird, noch keine bestimmten Angaben gemacht werden können, weil die Notwendigkeit des Ministeriums völlig von der künftigen französischen Politik abhängt. Sollte ein Einverständnis mit Frankreich erzielt werden und die neu besetzten Gebiete geräumt werden, so würde sich die Aufgabe dieses Ministeriums von selbst nach Abschaffung der noch laufenden Geschäfte erledigen. Im gegenwärtigen Fall ist jedoch an eine Auflösung des Ministeriums nicht zu denken, und es sind den Vertretern der besetzten Gebiete auch bereits bindende Zusagen gegeben worden, daß in ihrem Interesse bei einer Fortdauer der Besetzung das Ministerium bestehen bleiben und auch die notwendigen Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben erhalten würde.

Diese Woche Himmelfahrtstag.

Die Donnerstag-Nummer fällt deshalb aus. Anzeigen mit Ankündigungen für Donnerstag und Freitag müssen also in der morgigen Mittwochausgabe erscheinen.

Rechtzeitige, möglichst sofortige Einlieferung der Anzeigenbestellungen sichert pünktliche Veröffentlichung.

Anzeigenannahme täglich von früh 8 bis nachmittags 6 Uhr in der Tagesblatt-Geschäftsstelle Riesa, Goethestr. 59. — Fernsprecher Nr. 20.